



## Aufarbeitungsbeauftragter Johannes Beleites:

### Mehr Ostdeutsche als Bundesverfassungsrichter

Mehr Bundesverfassungsrichter mit einem ostdeutschen Hintergrund fordert der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Johannes Beleites. Man solle die gescheiterte Richterwahl zum Bundesverfassungsgericht am vergangenen Freitag zum Anlass nehmen, bei der Kandidatenauswahl auch stärker Menschen aus Ostdeutschland zu berücksichtigen. „Demokratie hat immer auch etwas mit Repräsentation zu tun. Seit der Wiedervereinigung kamen 48 neue Richter an das Verfassungsgericht. Nur zwei Richter davon stammen aus Ostdeutschland: die seit 2020 amtierende gebürtige Staßfurterin Ines Härtel und der 2023 gewählte Holger Wöckel aus Chemnitz“, erklärte Beleites. Ostdeutsche seien daher in Karlsruhe deutlich unterrepräsentiert. „Ich finde es erschreckend, dass dieser Aspekt in der gegenwärtigen Diskussion überhaupt keine Rolle spielt“, so Beleites.

Gerade wenn es um Fragen wie ein mögliches Verbot der AfD ginge, sei es problematisch, wenn nur eine ostdeutsche Stimme im höchsten deutschen Gericht vertreten sei. Denn die AfD, dies hätten eindrucksvoll die statistischen Landkarten über das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl gezeigt, sei auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ein besonderer Faktor. „Es wäre einfach fatal, wenn bei einem solchen Verfahren die ostdeutsche Perspektive und der ostdeutsche Erfahrungshintergrund unberücksichtigt bliebe, gerade auch im Hinblick auf die Folgen einer solchen Entscheidung“, erläuterte Beleites. „Es bringt nichts, immer wieder über die Spezifik ostdeutscher Wahlergebnisse zu klagen, aber keine praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen,“ bekräftigte Beleites seine Forderung.

Im Jahr 2020 gab es zum ersten Mal eine Diskussion über die mangelnde Repräsentanz Ostdeutscher am höchsten deutschen Gericht. Damals schlug die SPD zunächst den Präsidenten des Brandenburger Verfassungsgerichts Jes Möller vor, der nicht nur eine ostdeutsche Herkunft hat, sondern noch dazu auch überaus aktiv in der oppositionellen Bürgerrechtsbewegung gewesen war. Möller selbst erlebte intensive Repression der SED-Diktatur bis hin zum Freiheitsentzug. Am Ende fiel die Entscheidung damals auf die Rechtsprofessorin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Ines Härtel. 2023 wurde mit Holger Wöckel ein zweiter gebürtiger Ostdeutscher zum Bundesverfassungsrichter gewählt.